

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
die einpaltige Preiszelle
oder deren Raum 20 g.
außerhalb des Bezirkes
22 g. bei Auslandsverteilung
durch die Geschäftsstelle
30 g. extra.
Kellamers-Zeile 50 g.
Bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Falle des Mahnverfahrens
hinfallig wird.

Schluss der Anzeigen-
Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
für telef. Aufträge wird
keinerlei Gebühr abge-
nommen.

Nr. 125

Neuenbürg, Montag den 2. Juni 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 31. Mai. Die verfassunggebende Landesversammlung tritt am 10. Juni wieder zusammen.

Stuttgart, 31. Mai. Von den Landwirten verlangt die Regierung und verlangen die übrigen Städte, daß sie ihr Bestes leisten, daß sie bis auf das für sie Notdürftige für den Städter alles hergeben, was ihnen Fleisch und Arbeit eingetragen haben. Es ist deshalb nicht mehr als recht und billig, wenn die Regierung auch vom Städter, vom Industriearbeiter, mit der gleichen unerbittlichen Strenge verlangt: Strenge nicht, sondern Arbeit! Sache der Regierung ist es, Mittel und Wege zu finden, ihrer Forderung Nachdruck zu verschaffen und sie gegebenenfalls mit Gewalt durchzusetzen. So gut wie sie dem Bauern seine in Produkte umgesetzte Arbeit beschlagnahmt, ebenso gut hat sie die Pflicht, den Städter zur Arbeit beim Industriearbeiter zu beschlagnahmen und ihn damit in Ware umzusetzen. Anlässlich der Protestversammlungen gegen die Friedensbedingungen haben sich führende Landwirte in Norddeutschland dahin ausgesprochen, daß unsere Landwirtschaft imstande sein werde, um trotz verschärfter Blockade durchzubringen. Aber... ein gewaltiges Aber hängt daran. Die Landwirte werden nur willig geben, wenn auch die Städter leisten, was sie leisten können, wenn die städtischen Arbeiter weniger reden, dafür aber mehr arbeiten werden! Nicht so viele Demonstrationen und Umzüge, sondern mehr Wille zur Arbeit!

Stuttgart, 31. Mai. Die für den 1. Mai befohlene Auflösung des alten Heeres hat sich bisher ohne wesentliche Anhebungen vollzogen. Es bestehen nunmehr nur noch die sogenannten Kämpfe, d. h. Verbände und Stäbe, ferner zu jedem Regiment eine Wirtschafts- und eine Gensengungs-kompanie und die Sonderformationen. Infolge der Auflösung des alten Heeres konnten durch Entlassung von rund 800 Unteroffizieren und Mannschaften bisherige Kasernenräume dem Allgemeinwohl zur Vinderung der Wohnungsnot nutzbar gemacht werden, was zufolge der weiteren Entlassungen in steigendem Maße der Fall sein wird.

Hannover, 31. Mai. In der heutigen öffentlichen Sitzung des hayerischen Landtages gab Ministerpräsident Hoffmann die Erklärung ab, daß er im vollen Einverständnis mit seinen Kollegen sein Mandat als Ministerpräsident in die Hände des Landtages zurücklege. Der Schritt erfolge, um die Bildung einer Regierung auf breiterer Grundlage zu ermöglichen und den Landtag wieder in seine vollen Rechte einzusetzen. Die Sitzung wurde darauf auf Vorschlag des Präsidenten des Landtages, Schmitt, auf eine Stunde unterbrochen, um den Parteien Gelegenheit zu geben, sich über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten schlüssig zu werden. In der dann stattfindenden Sitzung zur Vornahme der Wahl wurde Ministerpräsident Hoffmann zum Vorsitzenden des Ministeriums wiedergewählt. Der Ministerpräsident verlas sodann die Liste der Mitglieder der neuen Regierung. Die Leiter des neuen Kabinetts verteilen sich folgendermaßen: Außen- und Kultus und zugleich Vorsitz: Hoffmann (Soz.); Inneres: Seguy (Soz.); Soziale Fürsorge: Endres (Soz.); Verkehr: Frauendorfer (Fachminister); Landwirtschaft: Freyberg (Bayer. Volksp., It.); Handel: Hamm (Fachminister); Militär: Schneppendorst (Soz.); Finanzen: Sped (Bayer. Volksp.) und Justiz: Dr. Müller (Demokrat).

Berlin, 31. Mai. Abgeordnete und Vertreter der gesamten deutschen Reichswehr, der Reichswehrgruppen, des Offiziers, von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Preußen sagten in Berlin eine Entschliessung, in der es u. a. heißt: Die Reichswehr verläßt sich darauf, daß die Regierung keinen Frieden unterzeichnen wird, der Deutschland die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit nimmt, deutsche Volksgenossen von der Heimat trennt und die Würde des deutschen Volkes in den Staub zieht.

Berlin, 29. Mai. Amtlich wird bekanntgegeben: Der Oberste Wirtschaftsrat der Entente hat der deutschen Finanzkommission folgende Bestimmungen, die zurzeit für die Blockade gelten sollen, mitgeteilt: Die Einfuhr von Lebensmitteln ist nunmehr für Deutschland innerhalb der monatlichen Kontingenzmenge völlig freigegeben und kann von jedem Lande, das nach Deutschland exportieren will, ohne jede Formlichkeit vorgenommen werden. Die Fischzufuhr aus den unliegendsten neutralen Staaten wird nicht in das Kontingenz eingerechnet. 2. Deutschland kann alle Waren, die nicht auf der Verbotsliste (Gold, Silber, Effekten, Kriegsmaterial) oder auf der Sperreliste (Kohle und Koks jeder Art; unbearbeitetes Holz, Bauholz, Holzmasse, Druckpapier; Farbstoffe; Eisen und Stahlerzeugnisse; nämlich Gußeisen, Walzeisen, Barren, Konstruktionsstahl, Stahlschienen, Stahlblech; Zucker; Fensterglas; Werkzeugmaschinen, elektrische Maschinen und ihre Zubehörteile) aufgeführt sind, ohne weitere Formlichkeiten nach jedem Lande ausführen, das diese Waren einzuführen wünscht.

3. Alle schwarzen Listen von Firmen und Personen in neutralen Ländern sind zurückgezogen worden und alle Nachteile, die dem Handel und Verkehr mit solchen Firmen und Personen anhafteten, haben ihre Wirksamkeit verloren. 4. Der Post- und Telegraphenverkehr bezüglich des eben gekennzeichneten Ein- und Ausfuhrhandels ist zugelassen, jedoch gewissen Bestimmungen unterworfen, die von der deutschen Regierung angenommen worden sind.

Berlin, 31. Mai. Die alliierte Wirtschaftsabteilung Ludwigschafen forderte, wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa mitteilt, unter Androhung von Gewaltmaßnahmen die Inbetriebsetzung der Ludwigschafener Farbstoff-Fabrik. Die Wiederaufnahme der Ludwigschafener Betriebe war bisher nicht möglich, weil Instandsetzungsarbeiten vorgenommen werden mußten, außerdem auch, weil die Rohmaterialien fehlten. Auch wird die Kontrolle der von den französischen Behörden eingesetzten Offiziere, die fast ausnahmslos Chemiker sind, in einer Weise ausgeübt, daß bei Wiederinbetriebsetzung der Fabriken dies mit einer Auslieferung aller Geheimverfahren der deutschen Farbstoffindustrie gleichbedeutend wäre. Da auf der Geheimhaltung dieser Verfahren die deutsche Farbstoffindustrie aufgebaut ist, würde dieselbe damit geradezu Selbstmord begehen. Die Offiziere fotografieren nicht nur, sie suchen auch den Arbeiter Fabriksgeheimnisse zu entlocken. Infolgedessen hat Reichsminister Erzberger wieder einen seiner entschiedenen Proteste eingeleitet.

Berlin, 30. Mai. Der Berliner Magistrat beschloß die Einführung des obligatorischen Unterrichts in der spanischen, der russischen und polnischen Sprache an allen höheren Lehranstalten für Knaben und Mädchen. — Die Abgeordneten Kasterl und Rückhoff von der Christlichen Volkspartei haben ihre Mandate niedergelegt, nachdem die Fraktion der preussischen Landesversammlung sie wegen ihrer hochverräterischen Umtriebe abgestimmt hat. — Im Bereich der amerikanischen Besatzungszone hat General Pershing jegliche Propaganda und Versuche zur Austrufung einer übermächtigen Reichswehr der rheinischen Bevölkerung streng verboten. — Lastautos aus dem deutschen Heeresmaterial sind in großer Anzahl von der Schweiz erworben worden, wo wegen Rückgang des Pferdebestandes bereits eine große Nachfrage eingeleitet hat. — In der Nacht zum Sonntag drangen Eindringler in die Räumlichkeiten der in der Budapester Straße untergebrachten Waffenstillstandskommission ein und erbeuteten aus einem Geldsack eine erhebliche Summe. Der aus drei Personen bestehende Bande gelang es, in einem Kraftwagen zu entkommen. — Einer der Führer der Unabhängigen, der an Tuberkulose schwer erkrankt war, Paul Dittmann, früherer Reichstagsabgeordneter, hat sich wegen der Unheilbarkeit seines Leidens das Leben genommen. — Die Polen nahmen auf der ganzen Front ihre Vorhölle gegen den deutschen Ostschuß wieder auf.

Ausland.

Paris, 30. Mai. Bataille meldet, daß der von dem nationalen Komitee der französischen Gewerkschaften gebildete Ausschuss unter dem Vorsitz von Jouhaux sich seiner Aufgabe gemäß gestern nachmittag zu Clemenceau begeben hat, um mit ihm über die Demobilisierung, eine Amnestie und über die Intervention in Rußland Rücksprache zu nehmen. Jouhaux legte Clemenceau den Standpunkt der französischen Arbeiterschaft in diesen drei Fragen dar. Clemenceau erwiderte sehr ausführlich und erklärte, daß augenblicklich etwa 2 Millionen Mann demobilisiert seien und daß sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags die vollständige Demobilisierung durchgeführt werden solle. Er versicherte, daß eine soweit als möglich gehende beschleunigende Maßnahme sehr bald ergriffen und daß für alle militärischen Bergehen, außer für Verrat, aber einschließlich von Weiterei, eine Amnestie erlassen werden würde.

Paris, 31. April. Die von Paris aus verbreitete Meldung über eine Einigung mit Italien in der Adriafrage wird widerrufen. Anscheinend versucht man aber mit Aussicht auf Erfolg, Italien durch Auslieferung noch weiterer rein deutsch besiedelter Gebiete in der Finnefrage zum Nachgeben zu veranlassen.

London, 31. Mai. Im englischen Unterhaus erklärte Churchill, alle fünf Großmächte sollen beabsichtigen, die nicht-bolschewistischen Regierungen in Rußland anzuerkennen, unter der Voraussetzung demokratischer Verfassungen.

Zu den Verhandlungen in Versailles.

Berlin, 31. Mai. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, erwartet man den Eingang der Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanträge bis Donnerstag bezw. Freitag nächster Woche.

Berlin, 21. Mai. In einer neuen Note an Clemenceau trat Graf Brockdorff-Rantzau abermals für eine baldige Aenderung des Loses der deutschen Kriegsgefangenen ein. In diesem Zusammenhang wird die Aufmerksamkeit der Alliierten auf ein Schreiben französischer Frauen an das internationale Rote Kreuz getichtet, in welchem Beschwerde darüber geführt wird, daß die deutschen Kriegsgefangenen, die bei der Eisenbahn beschäftigt sind, wie Straflinge behandelt, geschlagen und schlecht ernährt werden.

Paris, 31. Mai. Ob weiter mit Deutschland Verhandlungen gepflogen werden, hängt davon ab, ob Deutschland entgeltlich erklärt, ob es unterzeichnen will oder nicht. Diese Frage wird für Deutschland in 48 Stunden, nachdem die Alliierten ihre Antwort gegeben haben, zu beantworten sein. Die deutschen Gegenanträge wurden den einzelnen Kommissionen zugeteilt, die sich mit der entsprechenden Materie beschäftigen, deren Memorandum sämtlich an den „Rat der Vier“ gehen, der sie dann zur Bearbeitung der Entwürfe verwenden wird. Es scheint, daß, wenn Deutschland seine prinzipielle Erklärung zur Unterzeichnung gegeben hat, mündlich verhandelt werden soll. Es wird mit größter Bestimmtheit mitgeteilt, daß der „Rat der Vier“ keinerlei Zugeständnisse in territorialer Hinsicht oder bezüglich der Bestimmungen für die deutschen Kolonien machen will. Die Zugeständnisse bestehen lediglich in einer Vergrößerung der Hilfsstärke der Armee, andere Zahlungsbedingungen, der Entschädigung und Versicherung der Rohmaterialien, die notwendig sind für den Betrieb der Nichtkriegsindustrie in Deutschland. Außerdem noch eine Reihe kleinerer Erleichterungen. Man sei fest entschlossen, die Frage des deutschen Friedens in der einen oder anderen Weise schleunigt zu verwickeln.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 2. Juni. Trotz guten Wetters und Landeskirchenversammlungswohlen war die gestrige Volkversammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins im Anfernsaal gut besucht. Nach einleitenden Begrüßungsworten durch den stellv. Vereinsvorsitzenden R. Müller erstattete Kassier Weiß-Ottenshausen den Kassenbericht pro 1918. Nach den einzeln aufgeführten Posten beliefen sich die Gesamt-Einnahmen auf Mk. 92.276,57, welchen Mark 90.738,19 gegenüberstanden; es ergab sich sonach ein Ueberschuß von Mk. 1.538,38. Die Vermögensberechnung auf 1. Januar 1919 ergibt bei Mk. 22.174,08 Aktiven und 7000.— Passiven ein reines Vereinsvermögen von 15.174,08; der lehrjährige Bestand betrug Mk. 14.064,09, somit Zunahme von Mk. 1109,99. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Rechnung geprüft worden war; er sprach namens des Vereins dem Kassier für die Geschäftsführung Dank und Anerkennung aus und beantragte Entlastung desselben, wogegen sich kein Widerspruch erhob. Nach dem vom Vorstand erstatteten Jahresbericht pro 1918 hat die Mitgliederzahl zugenommen; sie betrug zu Beginn des Jahres 1153 und hat am Schluß desselben sich auf 1168 erhöht. Aus dem Jahresbericht ist u. a. zu entnehmen, daß die Vereinsgeschäfte durch den Vereinsvorsitzenden und dessen Stellvertreter, sowie den Schriftführer, Kassier und 12 Ausschussmitglieder erledigt wurden. Dem Verein sind noch 2 Zweigvereine, der Bezirks-Vienenzucht und der Obstbauverein, je mit besonderer Organisation, angegliedert. Der Verein hat in zwei Hauptversammlungen und 5 Ausschusssitzungen eine erfolgreiche Tätigkeit entwickelt. Wichtige Beratungsgegenstände bildeten die Gründung einer Zuchtvereinsausgleichsstelle in Horb durch den 10. landw. Gauverband, die Teilnahme am Verkauf holländischer Fohlen, ein Vortrag von Dr. Weiß über „Der deutsche Ackerbau in Gegenwart und Zukunft“, Förderung der Getreide-Erzeugung, Einführung von Zuchtscharen und -Kalbinnen, Erhöhung der Mitgliederbeiträge, Bildung von Bauernräten und ein Vortrag von Kassier Weiß-Ottenshausen über Ernährungsfragen. Der Bericht verbreitete sich weiter über die Tätigkeit des Vereins in Bezug auf das Fortbildungs-, Genossenschafts- und Versicherungs-wesen, Vermittlung von landwirtschaftlichen Stoffen und Sämereien, Geräten und Maschinen, über Futter- und Getreidebau, Farrenhaltung und Durchführung des Geflechtes über lehtere, Zuchtvielflässe, Schweine- und Ziegenzucht. Weiter erwähnt der Bericht den Ernteausfall, die Witterungsverhältnisse und ihren Einfluß auf den Getreide- und Futteranbau, den Wiesen-, Obst- und Weinanbau; alles in allem brachten sie dem Landwirt reichen Lohn für seine Tätigkeit. Das Jahr 1918 könne daher als ein gutes für den Landwirt bezeichnet werden. Der Voranschlag für 1919 sieht an Einnahmen Mk. 6222.—, an Ausgaben Mk. 6076.— vor; es ergibt sich sonach ein kleiner Ueberschuß von Mark 146.—. Dagegen erhob sich kein Widerspruch. In längeren Ausführungen referierte hierauf der Vor-



